



Presseschau vom 26.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Aussage des US-Geheimdienstdirektors James Clapper, Russland und China seien die „Hauptgefahren für die USA“, ist den alljährlichen Diskussionen zum neuen Militäretat im US-Kongress geschuldet, wie der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärte.

James Clapper, Direktor der US-Geheimdienste, hatte zuvor geäußert, Russland und China stellten weltweit die größte Gefahr für die USA dar. Beide Länder entwickelten aktiv ihre Cyber-Systeme, Russland speziell setzte die Modernisierung seiner Militärtechnik fort.

„Für uns kamen diese lauten Aussagen der amerikanischen Militärs, die in Russland die Hauptgefahr für die nationale Sicherheit der USA erkannt haben wollen, nicht unerwartet. Solche Wellen kommen jedes Jahr zur gleichen Zeit auf. Der Grund ist einfach: die Diskussionen im US-Kongress über den Umfang des Rüstungshaushalts für das kommende Jahr“, erklärte Konaschenkow.

Beeindrucken lassen müsse man sich von diesen Aussagen nicht, fügte er hinzu. Vielmehr solle man beachten, dass die „Russische Gefahr“ seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts die „sich am besten verkaufende ‚Bedrohung‘ des Pentagons“ sei, und das nicht nur im US-Kongress, sondern auch bei den Partnern von der Nato.

„Was würden sie nur ohne uns machen?“, schließt Konaschenkow.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von Kalinowka, auf das aus Richtung Luganskoje mit Panzertechnik, automatischen und Antipanzergrenatwerfern sowie Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und leichten Schusswaffen geschossen wurde. Verluste gibt es keine.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht das Feuer auf den Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet, der im Westen von Donezk liegt. Dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

„In der Nacht gab es einen Beschuss, sind haben auf unsere Stellungen geschossen. Unter der Zivilbevölkerung gibt es keine Toten und Verletzten“, sagte er.

Informationen über den Typ der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Waffen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com Das Föderale Migrationsamt Russlands hat 2015 fast zwei Millionen Personen aus dem Donbass in Russland registriert, teilte der Amtsleiter Konstantin Romodanowskij mit.

„Fast zwei Millionen Einwohner des Donbass sind 2015 vom Föderalen Migrationsdienst in Russland aufgenommen worden“, sagte Romodonowskij. Diesen seien bereits teilweise Aufenthaltstitel, Arbeit und provisorische Unterkunft zur Verfügung gestellt worden. Im Donbass dauert seit Frühjahr 2014 Krieg an. Der Auslöser war der nationalistisch geprägte Umsturz vom Februar 2014 in Kiew. Nach der Machtübernahme schickte die neue ukrainische Regierung Truppen gegen die Gebiete Donezk und Lugansk, weil diese den dubiosen Machtwechsel nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Schon vier Monate nach Beginn der Kämpfe waren mehr als 700.000 Menschen aus der Ost-Ukraine laut Angaben der Vereinten Nationen ins benachbarte Russland geflohen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30335/59/303355927.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben erneut das Feuer auf Staromichajlowka im Westen von Donezk eröffnet, es wurden Beschädigungen an Wohnhäusern festgestellt. Dies teilte der Pressedienst der Donezker Stadtverwaltung mit.

„Gestern, am 25. Februar, um 22 Uhr wurde Staromichajlowka von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Nach vorliegenden Informationen gab es einen direkten Treffer auf eine Garage, außerdem wurden die Verglasung und die Dächer von drei weiteren Häusern beschädigt“, heißt es dort.

Informationen über Verletzte werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: In der kommenden Woche findet in Paris ein weiteres Treffen der Außenminister des so genannten „Normandie-Quartetts“ statt, schreibt die „Nesawissimaja Gasetä“ am Freitag.

Im Vorfeld dieses Treffens besuchten die Außenminister Deutschlands und Frankreichs Kiew.

Für den französischen Chefdiplomaten Jean-Marc Ayrault war es die erste Auslandsreise im Amt. Experten merkten an, dass die Minister während ihrer Treffen mit Vertretern der ukrainischen Behörden und auch auf ihrer Pressekonferenz weder über den Sonderstatus der Donbass-Region noch über die Verfassungsreform in der Ukraine gesprochen hatten. Ihre Aussagen galten zwei Themen: der Notwendigkeit einer gemeinsamen Linie der ukrainischen Behörden für die Fortsetzung der Reformen und den Perspektiven der Kommunalwahlen im Donezbecken zur Stabilisierung des Landes.

Über die Bedingungen der Wahlen streiten die Konfliktseiten inzwischen seit einem Jahr und konnten sich bis zuletzt nicht einigen. Die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gehen von ihrem faktischen aktuellen autonomen Status aus und schließen aus, dass die Wahlen dort unter Kiew Kontrolle verlaufen.

In Kiew verlangt man dagegen, dass das aktuelle System in Donezk und Lugansk abgeschafft wird und dass an den Wahlen nur in der Ukraine registrierte Parteien teilnehmen und dass die Zentrale Wahlkommission die Abstimmung kontrolliert.

Die Gespräche über die Vorbereitung der Wahlen könnten nur unter der Bedingung beginnen, dass im Konfliktraum eine langfristige Waffenruhe herrscht, dass die Waffen von der Frontlinie abgezogen werden und dass die Region entmilitarisiert wird, sagte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin nach den Gesprächen mit Steinmeier und Ayrault. Zudem sollten nach seinen Worten OSZE-Beobachter „jeden Ort in der Donbass-Region besuchen können“. Diese müsste sich nach seinen Worten der ukrainischen Jurisdiktion unterordnen, und dann könnte das Thema Wahlen besprochen werden.

Eine den Minsker Gesprächen nahestehende Quelle vermutete jedoch, dass die Volksrepubliken Donezk und Lugansk diese Bedingung keineswegs akzeptieren würden. In Minsk fand in dieser Woche ein Treffen der russisch-ukrainischen Kontaktgruppe statt. Dabei wurde beschlossen, am 10. März ein weiteres Mal zusammenzukommen.

Möglicherweise findet am 2. März, am Vortag des nächsten Außenministertreffens im „Normandie-Format“, ein zusätzliches Gespräch statt.

Vor der Abreise aus Kiew brachte Steinmeier die Hoffnung zum Ausdruck, dass beim Treffen in Paris gewisse Kompromisse erreicht werden. Die Kontroversen zwischen den Konfliktparteien sind aber wohl zu groß, so dass ein echter Durchbruch in Paris wohl nicht infrage kommt.

Der Leiter des Instituts für ukrainische Politik, Konstantin Bondarenko, zeigte sich überzeugt, dass eine Regelung der Situation in der Ostukraine noch nicht infrage kommt. „Was wir bei den Gesprächen sehen, ist faktisch eine Nachahmung des Prozesses. Da wird etwas vorgeschlagen, besprochen, angekündigt, doch nichts ändert sich“, stellte er fest. „Selbst die Feueinstellung und der Waffenabzug sind Punkte, die immer noch nicht umgesetzt wurden. Und die Wahlen, die Grenzkontrolle, verschiedene Reintegrationsvarianten, die Rückkehr der Region ins politische Leben der Ukraine – auf diese Fragen gibt es nicht einmal vorläufige Antworten.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30811/26/308112609.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben im Gebiet von Artjomwosk im sogenannten Donezker Oblast 10 Panzer und 25 Haubitzen zusammengezogen. Dies teilte heute der Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko mit.

„Die Streitkräfte der Ukraine verletzen weiter die Bedingungen für die Anwesenheit von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und nutzen das Regime der Feuereinstellung zur Konzentration von militärischem Potential ihrer Abteilungen in der Zone der sogenannten „ATO““, sagte er.

„So traf nach Informationen unserer Aufklärung, gestern, am 25. Februar, in Artjomowsk, 10 km von der Kontaktlinie, an der Eisenbahnstation folgende Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte ein: 10 Panzer, 10 122mm-Haubitzen „Gwosdika“, 15 152mm-Haubitzen „Akazija“, erläuterte Jaschtschenko.

Der Oberst erklärte, dass die eingetroffene Technik vermutlich zur 54. motorisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte gehört, die zur Ablösung der 30. motorisierten Brigade eingetroffen ist.

„Ich möchte meinerseits erklären, dass die Volksmiliz weiterhin die in Minsk erreichten Vereinbarungen einhält. Trotz ständiger Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen und falscher Beschuldigungen bezüglich Beschüssen, halten wir das Regime der Ruhe streng ein“, versicherte der Oberst.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko äußerte sich gegenüber Journalisten über den Wunsch ukrainischer Politiker, die Städte und Ortschaften auf dem Territorium der DVR umzubenennen.

„Aufgrund der derzeitigen territorialen Unerreichbarkeit der Stadt Kiew ruft der Wunsch bestimmter Persönlichkeiten dort, unsere Städte umzubenennen, nur Lachen hervor. Wenn wir diese Städte unter unsere Jurisdiktion zurückbringen, werden die Bezeichnungen, die sie bis zur Umbenennung hatten, bleiben“, erklärte das Oberhaupt der DVR.

Nachmittags:

De.sputniknews Der Kreml hat die Anschuldigungen der in London ansässigen „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, die russische Luftwaffe greife östlich von Damaskus Stellungen der syrischen Opposition, als beweislos zurückgewiesen.

„Wir wissen, dass diese Beobachtungsstelle bereits mehrmals Informationen verbreitet hat, die leider mit keinerlei Daten belegt wurden“, sagte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Freitag. Peskow betonte, dass die Angriffe auf Terroristen in Syrien auch nach dem für morgen geplanten Beginn der Feuerpause so fortgesetzt würden, wie der russisch-amerikanische Plan dies vorsieht.

Russland und die USA hatten sich am Montag auf einen konkreten Plan für eine Feuerpause in Syrien geeinigt. Der Waffenstillstand soll ab Samstag gelten und Angriffe auf den Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS), die al-Nusra-Front und andere Gruppen, die vom UN-Sicherheitsrat als terroristisch eingestuft sind, ausnehmen. Syriens Präsident Baschar al-Assad unterstützte den Plan, so auch einige Rebellenführer: In mehreren Orten ist es bereits zu lokalen Waffenstillständen gekommen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30132/43/301324359.jpg>

Lug-info.com: Das Infrastruktur- und Transportministerium der LVR plant ab dem 1. März einen vollwertigen Passagierverkehr auf der Strecke Lugansk-Jasinowataja einzurichten. Dies teilte heute der Transportminister der Republik Alexandr Tschumatschenko mit.

Dan-news.info: Der Stand der Erkrankungen an SARS und Grippe in der DVR hat die durchschnittlichen Zahlen der Saison erreicht, in der letzten Woche ist die Zahl der Personen, die sich an medizinische Einrichtungen gewandt haben, weiter gesunken. Dies teilte heute der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.

„In dieser Woche, vom 19. bis zum 25. Februar, wurden 5020 Fälle von Erkrankungen registriert, dies ist 25,2% weniger als vor einer Woche und erlaubt es mit Überzeugung zu sagen, dass ein Übergang zur mittleren Erkrankungshäufigkeit für die Jahreszeit erfolgt ist“, teilte das Ministerium als Ergebnis einer Besprechung mit.

Es wurde hinzugefügt, dass das Sinken der Krankheitszahlen auf dem gesamten Territorium der DVR erfolgt ist, einschließlich der Städte und Bezirke, die erst spät von der Erkrankungswelle erreicht wurden.

„Todesfälle in Folge von Komplikationen durch SARS- und Grippeerkrankungen wurden in der letzten Woche nicht registriert“, fügte das Ministerium hinzu.

Lug-info.com: Auf dem Territorium der LVR starb ein Mensch aufgrund einer Mine und ein weiterer wurde verletzt. Dies teilte der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit.

„An der Abgrenzungslinie, bei der Stadt Kirowsk, wurde der Körper eines Mannes gefunden, der vor zwei Tagen auf eine Mine geriet und starb“, sagte er.

„In Smeloje wurde ein Mensch verletzt, auch aufgrund einer Mine, er kam ins Krankenhaus und ist jetzt in einem zufriedenstellenden Zustand“, fügte Iwanuschkin hinzu.

Dan-news.info: Zwei Soldaten der DVR sind in der Folge des nächtlichen Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Seiten der ukrainischen Truppen verwundet worden. Dies teilte heute der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks Maxim Shukowskij mit.

„Heute Nacht wurden in der Folge eines Beschusses der ukrainischen Truppen zwei Soldaten der DVR verwundet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Die Tätigkeit von mehr als 400 ausländischen Geheimdienstlern ist 2015 unterbunden worden, wie der russische Präsident Wladimir Putin mitteilte.

„Wie Sie sich erinnern können, informierten wir Sie bei der letzten Sitzung, dass

ausländische Geheimdienste ihre Aktivität in Russland weiter ausbauen. Das vergangene Jahr hat diese Schlussfolgerungen bewiesen“, sagte Putin bei der Sitzung des Kollegiums des staatlichen Sicherheitsdienstes (FSB).

„In diesem Zeitraum wurde die Tätigkeit von mehr als 400 Mitarbeitern und Agenten ausländischer Geheimdienste aufgedeckt. 23 von ihnen wurden strafrechtlich belangt“, so Russlands Staatschef weiter.

Putin zufolge müssen Russlands Geheimdienste ihrerseits den Fragen zur Gewährleistung der Informationssicherheit sowie der Verhinderung gegenwärtig entstehender neuer Bedrohungen in diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit widmen.

„Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 24 Millionen Cyber-Angriffe auf offizielle Internetseiten und Informationssysteme russischer Behörden registriert. Die Arbeit von über 1.600 Webseiten, einschließlich derer mit terroristischer und extremistischer Ausrichtung, die die Sicherheit unseres Landes schädigen, wurde eingestellt“, so Putin.

Es sei vor diesem Hintergrund notwendig, das Sicherheitsniveau der Informations- und Kommunikationsressourcen zu erhöhen, vor allem derjenigen, die in den Bereichen der Verteidigung und der Sicherheit des Landes, sowie im Wirtschafts- und Finanzsystem eingesetzt werden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30724/81/307248101.jpg>

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministerium der DVR:
Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin
(Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich wieder verschärft.

Die ukrainischen Truppen haben 231-mal das Territorium der Republik im Rahmen von dreißig Verletzungen des Regimes der Feueinstellung beschossen. Im Verlauf der Beschüsse hat der Gegner verwendet: Granatwerfer des Kalibers 120mm – 20-mal, Granatwerfer des Kalibers 82mm – 48-mal. Außerdem hat der Gegner etwa 50-mal Panzertechnik verwendet sowie verschiedene Typen kleinerer Granatwerfer, Abwehrgeschütze und Schusswaffen.

Aus Peski, Marjinka, Krasnogorowka, Opytnoje haben die ukrainischen Strafruppen Sajzewo, Staromichajlowka, Spartak, Weseloje, das Gebiet des Flughafens, das Volvo-Zentrum, die Bezirke Kujbyschewskij und Petrowskij der Stadt Donezk beschossen. Die Befehle für die Beschüsse haben die ukrainischen Verbrecher Shakun und Klotschkow von den Positionen der 14. und der 93. mechanisierten Brigade erteilt.

In den letzten 24 Stunden hat die Aufklärung der Streitkräfte der DVR eine Konzentration von Personal, Waffen und Waffentechnik in der Nähe der Kontaktlinie festgestellt. So in folgenden Gebieten:

in Kurachowka, 13 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von drei Artilleriegeschützen,

sechs Panzern, zehn Fahrzeugen mit Personal und Munition bemerkt;
in Marjinka, 1 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von zwei Artilleriegeschützen, acht Panzern registriert;
in Artjomowsk, 20 km von der Kontaktlinie, wurde das Eintreffen von zehn Artilleriegeschützen „Gowsdika“ 2A1, 15 2S3 „Akazija“ sowie zehn Panzern festgestellt.
In Awdejewka, 5 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft einer Scharfschützengruppe aus Abteilungen ukrainischer Nationalisten, die auf dem „Jarowskij-Truppenübungsplatz“ ausgebildet wurden, festgestellt.
Nach Angaben des Berichts der OSZE-Mission haben die Beobachter die Anwesenheit von verbotenen Waffen in der 15 km breiten Pufferzone registriert. Nach allem zu urteilen kommen unsere Argumente weder bei den Vertretern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite noch bei der OSZE Mission an. Ein weiteres Mal wurde während des Beschusses des Kujbyschewskij-Bezirks der Stadt Donezk der Friedhof neben dem Frauenkloster beschossen, wo ein Gottesdienst stattfand. Auch wurde im Petrowskij-Bezirk eine Frau, Geburtsjahr 1952, durch einen Granattreffer verletzt. Wir lenken die Aufmerksamkeit eines weiteres Mal drauf, dass im Vorfeld des Treffens der Außenminister im Format der Normannischen Vier die Ukonazisten die Lage mit falschen Beschuldigungen über den Beschuss ihrer Positionen von Seiten der Armee der DVR verschärfen, um endgültig die beabsichtigte Tendenz zur Erreichung von Frieden im Zentrum von Europa zum Scheitern zu bringen.
Sie wollen Krieg, keinen Frieden!

De.sputniknews.com: Sieben Monate vor den Parlamentswahlen in Russland warnt Wladimir Putin vor ausländischen Einmischungen beim Wahlkampf. Nach Angaben des russischen Staatschefs würden solche Einmischungen bereits von „Unfreunden im Ausland“ vorbereitet. „Ich lese regelmäßig Ihre Berichte (des FSB – Red.) mit konkreten Hinweise darauf, dass unsere Unfreunde im Ausland sich leider schon auf diese Wahlen vorbereiten“, sagte Putin am Freitag in Moskau bei einem Treffen mit der Leitung des Inlandsgeheimdienstes FSB. Alle Versuche, sich von außen in den Wahlkampf einzumischen, müssen unterbunden werden, forderte der Staatschef und verwies darauf, dass verschiedene Interventionstechniken schon in mehreren Ländern genutzt worden seien. „Das ist eine direkte Gefährdung unserer Souveränität und wir werden darauf angemessen reagieren“, sagte der Präsident und betonte: „Wir werden unsere Interessen mit Beharrlichkeit und im Einklang mit unserem Recht verteidigen.“
Die nächsten Wahlen zum russischen Parlament (Staatsduma) stehen im September an. Im vergangenen Jahr hatte der Moskauer Sicherheitsrat gewarnt, dass die westlichen Staaten mit ihrer Sanktionspolitik einen Regierungswechsel in Russland herbeiführen wollen.

Lug-info.com: Die LVR und die Ukraine haben einen Gefangenenaustausch nach der Formel „3 gegen 6“ durchgeführt.

Gestern hatte die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen und dem Austausch von Gefangenen Olga Kobzewa mitgeteilt, dass ein ursprünglich für den 25. Februar geplanter Austausch nach der Formel „4 gegen 8“ aufgrund einer „weinerlichen“ Bitte der ukrainischen Seite, die Kiewer während des Treffens im Minsk am 24. Februar äußerte, auf den 26. Februar verschoben wurde.

Dan-news.info: Bericht des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Vom 20. bis zum 26. Februar wurden im Ergebnis von militärischen Aktivitäten in der DVR 11 Menschen getötet, darunter zwei Zivilisten und neun Soldaten der DVR“, teilte die Behörde mit.

„Vom Büro der Bevollmächtigten wurden in der letzten Woche vier Vermisstenanzeigen von Verwandten registriert, bei denen Menschen von der ukrainischen Seite festgenommen wurden“, teilte der Apparat der Bevollmächtigten mit.

Eine dieser Anzeigen ging von einer Einwohnerin des von den ukrainischen Streitkräften okkupierten Dorfes Showanka nördlich von Gorlowka ein.

„Nach den Worten der Frau wurde am 18. Februar 2016 ohne vorherige Ankündigung irgendwelcher Beschuldigungen ihre Nachbarin aus ihrem eigenen Haus durch Soldaten ohne Erkennungsabzeichen entführt“, heißt es beim Pressedienst.

Ebenfalls ging beim Apparat eine Anzeige über das Verschwinden eines Soldaten der DVR und eines zivilen Einwohners ein, eine weitere Eingabe betraf die Aufnahme eines politischen Gefangenen, den die ukrainische Seite festgenommen hat, auf die Austauschliste.

Insgesamt werden nach Angaben der Bevollmächtigten für Menschenrechte von der ukrainischen Seite derzeit etwa 1110 Menschen festgehalten – darunter 367 Soldaten, 576 politische Gefangene und 167 Zivilisten, die keine Beziehung zum Konflikt sind. Weitere 410 Menschen sind vermisst.

De.sputniknews.com: Aus der Traum: Im Pariser Flughafen Charles-de-Gaulle wurde 22 Ukrainern der Transitflug nach Miami verweigert, da die USA ihr Visum nicht bestätigt haben sollen. Die Urlauber beschwerten sich über eine „schreckliche Einstellung“ gegenüber Ukrainern, mussten auf dem Boden übernachten und warten auf ihre Ausweisung, berichtet der Sender „Kanal 24“.

„Der ukrainische Konsul in Frankreich kam zu ihnen und erklärte, dass sich in Paris die Konsulate aller Staaten weltweit befänden, und die hätten das Recht, jede beliebige Visa zu annullieren“, teilte die Kollegin einer Touristin dem Sender mit. Dabei hätten fast alle Visa für zehn Jahre. „Die Reise war sehr teuer und das Geld wird ihnen verständlicherweise niemand zurückgeben“, beschwerte sich die Frau.

Nach Angaben der Passagiere befinden sie sich schon einen ganzen Tag im Flughafen, wobei sich das französische Personal geweigert haben soll, mit ihnen zu sprechen und sie sich nur mithilfe des ukrainischen Konsulats Wasser erbitten konnten.

„Die Einstellung zur Ukraine ist hier einfach schrecklich, wir sitzen schon einen ganzen Tag im Flughafen fest, niemand kommt zu uns raus, es werden uns keinerlei Dienstleistungen angeboten. Es ist sehr kalt hier, alle frieren und werden krank“, sagte eine Touristin.

Nun warten die Urlauber auf ihre Ausweisung nach Kiew. Sie würden gerne mit einem früheren Flug in die Ukraine fliegen, allerdings werde ihnen auch dies verweigert, erzählte eine andere.

„Wie versuchen uns durch alle Instanzen durchzuschlagen, doch die Ukraine reagiert nicht. Niemand nimmt Kontakt zu uns auf. Wir bitten um Hilfe, wir sind doch ukrainische Bürger! Der Staat muss uns doch irgendwie Beistand leisten. Wir haben nicht einmal die elementarsten Leistungen erhalten und sind auch nicht in ein Hotel gebracht worden. Wir schliefen auf dem Boden, medizinische Hilfe können wir auch nicht bekommen“, sagte eine andere Urlauberin.

Am Vorabend hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko drei Gesetze unterschrieben, die angeblich zur Abschaffung der Visa mit der EU verhelfen sollen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30811/41/308114178.jpg>

Lug-info.com: Kiew hat beim heutigen Austausch wieder die in Minsk erreichten Vereinbarungen verletzt. Dies teilte nach Abschluss des Austauschs die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen Olga Kobzewa mit. Heute fand im Gebiet von Stschastje ein Austausch zwischen der LVR und der Ukraine nach der Formel „3 gegen 6“ statt. Die Ukraine übergab vier Frauen und zwei Männer, die LVR drei Männer.

„Der Austausch fand statt. Wir haben sehr lange versucht den Austausch gerade der Frauen zu erreichen. Die Ukraine hat ein weiteres Mal die Vereinbarungen verletzt, die in Minsk erreicht wurden. Die Angaben auf den Listen wurden nicht eingehalten“, sagte Kobzewa.

„Die Absprache war „4 gegen 8“, es erfolgt leider „3 gegen 6““, sagte sie.

„Und diese Änderungen brachte die ukrainische Seite dabei im letzten Moment ein“, unterstrich die Vertreterin der LVR.

Weiter erläuterte Kobzewa, dass die Kiewer Truppen die vier Frauen, die heute befreit wurden, des Terrorismus bezichtigt.

„Alle, die uns heute übergeben wurden, wurden dort nach dem Paragraphen „Terrorismus“ beschuldigt“, sagte Kobzewa.

Sie unterstrich, dass die von der ukrainischen Seite übergebenen Frauen nicht in den Reihen der Milizen standen.

Nach den Worten der Vertreterin der LVR sind für „die faschistische Regierung, die in der Ukraine ist“ Terroristen alle Einwohner des Donbass, die eine Meinung haben, die sich von der der Kiewer Regierung unterscheidet.

„Für die Führung der Ukraine gibt es keinen Unterschied, wer so etwas sagt: Mann oder Frau. Das halbe Land wird dort nach dem Paragraphen „Terrorismus“ festgenommen“, sagte Kobzewa.

De.sputniknews.com: 17:19 Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat das Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens mit der Nato über den Status der Vertretung der Allianz in der Ukraine unterzeichnet, wie der Pressedienst von Poroschenko am Freitag mitteilte.

Im September 2015 hatten der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine schriftliche Vereinbarung über die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung der Allianz in der Ukraine getroffen.

Mit diesem Dokument wird der Status der Vertretung der Nato in der Ukraine erhöht.

Faktisch geht es um eine „Botschaft“ der Allianz.

Bisher gab es in der Ukraine zwei Nato-Büros — ein ziviles und ein militärisches. Somit

werden die beiden Büros vereinigt und ihre Vollmachten und Funktionen erweitert.
„Die neue diplomatische Einrichtung und ihr Personal werden mit Privilegien, Immunität und Unterstützung ausgestattet, die für diplomatische Missionen im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 vorgesehen sind“, so der Pressedienst.
Laut dem Pressedienst wird die Nato-Vertretung zum Ausbau der Teilnahme der Ukraine an allen mit der Allianz vereinbarten Formen der Zusammenarbeit beitragen.
Die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine hatte im Dezember 2014 Änderungen in zwei Gesetze aufgenommen, die den Verzicht des Landes auf seinen blockfreien Status und eine Wiederaufnahme des Kurses auf den Nato-Beitritt beinhalten.
Die neue Militärdoktrin sieht eine Wiederaufnahme des Kurses auf den Nato-Beitritt vor: Kiew soll bis 2020 seine Streitkräfte an die entsprechenden Kräfte der Nato-Länder anpassen.
Zuvor hatte der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bekannt gegeben, dass die Ukraine für den Beitritt zur Allianz eine Reihe von Kriterien erfüllen müsse. Dies werde viel Zeit in Anspruch nehmen.
Expertenschätzungen zufolge kann die Ukraine in den kommenden 20 Jahren nicht mit einer Nato-Mitgliedschaft rechnen.

Lug-info.com: Die vier Einwohnerinnen der LVR, die heute bei dem Gefangenenaustausch befreit wurden, erzählten den Journalisten über die Mühen des Aufenthalts in den ukrainischen Kerkern.

Eine der Befreiten, die Einwohnerin von Perwomajsk Alena, sagte, dass die ukrainische Seite sie alle „wegen Hilfe für die LVR“ festgenommen hat.

„Wir haben uns dort ein halbes Jahr befunden. Nach dem Paragraphen 258.3, erster Teil - „Unterstützung von Terrorismus“ und 111 - „Landesverrat“, erzählte sie.

Dabei klagten alle Frauen über die „ekelerregenden“ Bedingungen in der Gefangenschaft. „Man hat sich uns gegenüber sehr kalt verhalten. Ihnen ist es einfach egal... Man hält Dich einfach fest, wie Vieh, das ist alles“, sagte die Einwohnerin des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Lisitschansk Irina.

„Wanzen, Wassersuppe, Grütze mit Ungeziefere – Gefängnis im Allgemeinen“, fügte die Einwohnerin von Lugansk Jelena hinzu.

„Uns haben nur die Päckchen von Verwandten gerettet“, erklärte sie.

Alle Frauen waren nach der Gefangenschaft nicht in der Lage lange mit den Journalisten zu sprechen, aber sie sagten, dass sie „sehr froh sind endlich nach Hause zurückzukehren“.

„Ich fühle Gelassenheit und Ruhe im Herzen. Das Gefühl, dass wir zu Hause sind“, sagte Irina.

Die Frauen sagten, dass während der Gefangenschaft Vertreter des Roten Kreuzes zu ihnen kamen, aber ihre Hilfe war „ausschließlich moralisch“.

De.sputniknews.com: Die Luftstreitkräfte der Schwarzmeerflotte und des Militärbezirks Süd von Russland werden nach 2017 den wiederhergestellten Militärflughafen in Chersonesos in Sewastopol benutzen können, dessen Rekonstruktion schon begonnen hat, wie eine Quelle in der Stadtleitung gegenüber Ria Novosti am Freitag sagte.

Bis 1992 war in Chersonesos ein Militärflughafen stationiert, den die Transportfliegerkräfte benutzten. Nach der Aufteilung der Schwarzmeerflotte zwischen Russland und der Ukraine durfte die russische Gruppierung auf der Krim den Flughafen weder modernisieren noch entwickeln, deswegen war er mehr als 20 Jahre stillgelegt. Dort hatten nur Mannschaften für Paraden trainiert...

Abends:

Dan-news.info: Die Schulden ukrainischer Unternehmen gegenüber Einwohnern der DVR betragen 1,8 Mrd. Rubel, die Menschen haben seit 2014 kein Geld erhalten. Dies teilte heute auf der Sitzung der Kommission zur Fragen der Tilgung von Schulden der Direktor der Abteilung von Sozial- und Arbeitsbeziehungen des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR Denis Streltschenko-Gordienko mit.

„Nach den statistischen Daten betrugen am 1. Januar 2016 die Rückstände der Ukraine bei Arbeitsentgelten in der Republik seit 2014 und im vorigen Jahr mehr als 1,8 Mrd. Rubel“, sagte Streltschenko-Gordienko.

Er sagte, dass die Schulden der ukrainischen Unternehmen 40 Prozent der allgemeinen Rückstände in der DVR ausmachen. Nach den Worten des Abteilungsleiter haben die Unternehmen der Republik gegenüber den Einwohnern 2,7 Mrd. Rubel Rückstände. Von 351.100 Menschen haben 179.500 Rückstände bei den Arbeitsentgelten“, fügte er hinzu. Die größten Rückstände wurden bei den Unternehmen der Kohleförderung festgestellt - mehr als 1,2 Mrd. Rubel. An zweiter Stelle ist der Bildungsbereich, etwa 548 Mio. Als drittes das Gesundheitswesen mit 260 Mio. Rubel.

„Hauptursache sind natürlich die ökonomische Blockade, die Kämpfe... Im Zusammenhang damit können die Unternehmen nicht normal arbeiten und Arbeitsentgelte zahlen“, erklärte Streltschenko-Gordienko.

Dan-news.info: Vierzig Familien werden im Frühjahr neue Wohnungen in einem zu Ende gebauten fünfstöckigen Haus in Debalzewo erhalten. Dies teilte heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez mit.

„Wir können 40 Familien unterbringen. Hier gibt es 18 Einzimmerwohnungen und 22 Zweizimmerwohnungen. Wir hoffen, dass die Einwohner von Debalzewo vor dem geplanten Termin (Mai 2016) umziehen können“, zitiert der Pressedienst den Minister.

Das Ministerium fügte hinzu, dass die Gesamtfläche der Wohnungen in dem Haus 2142,08 Quadratmeter beträgt und die Wohnfläche 1110,86 Quadratmeter. Derzeit laufen die Bauarbeiten aktiv. Die Wohnungen im ersten und zweiten Stock sind praktisch fertig – der Boden ist mit Linoleum belegt, es ist tapeziert, die Sanitärtechnik installiert. Die Infrastruktur ist gelegt, es läuft das Verputzen.

„Das Haus, das ursprünglich als Wohnheim vorgesehen war, wurde in den 80er Jahren gebaut (Rohbau). Es ist ein Objekt aus Staatseigentum, dass dem Programm „zusätzlicher Wohnraum“ übergeben wurde – ein Mehrparteienhaus, das für Einwohner vorgesehen ist, deren Wohnung durch die Kämpfe komplett zerstört wurde.

Während seines Besuchs besuchte Naumez ein dreistöckiges Wohnhaus auf der Kalinin-Straße, wo in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte das Dach und die Fenster des Hauses zerstört wurden. „Die Arbeiten am Dach sind praktisch beendet, die Verglasung teilweise repariert, die Arbeit geht weiter“, informierte das Ministerium.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Partei Swoboda (Freiheit) setzte am Freitag ihre Aktion zur Blockade russischer Lastwagen auf dem Territorium des Landes fort, sagte der Vorsitzende dieser radikalen Organisation, Oleg Tjagnibok.

„Es ist unzulässig, dass die Behörden den russischen Geschäftskreisen die Nutzung der ukrainischen Verkehrsinfrastruktur erlauben“, heißt in einer Erklärung, die auf Tjagniboks Internetseite veröffentlicht wurde. „Die Passivität der Behörden hinsichtlich wirksamer Sanktionen gegen Russland ruft bei unseren westlichen Verbündeten Misstrauen gegenüber den Absichten der Ukraine hervor, dem Aggressor wirklich zu widerstehen, und macht ihre Entschlossenheit zur Verlängerung ihrer Sanktionen gegen Russland zunichte. Mit ihren Handlungen zeigt die ukrainische Macht abermals, dass die Geschäftsinteressen für sie wichtiger als die nationalen Interessen der Ukraine sind.“

Tjagnibok zufolge fordert seine Partei Regierungschef Arsseni Jazenjuk auf, den Transit russischer Lastwagen durch das ukrainische Territorium zu verbieten und den Beschluss über dessen Wiederaufnahme ab 25. Februar außer Kraft zu setzen.

Den Aufruf des Infrastrukturministers Andrej Piwowarski an Innenminister Arsen Awakow, die

Nationalgarde und andere Strukturen des Innenministeriums den reibungslosem Transit russischer Lastwagen durch das ukrainische Territorium sichern zu lassen, bezeichnete Tjagnibok als „absolut unzulässig“.

„Dieser Vorschlag zeigt ganz deutlich, dass die aktuelle Regierung nichts als eine Marionette ist, die bereit ist, eine Erniedrigung der Ukraine zugunsten der Geschäftsinteressen ihrer Protektoren zuzulassen“, so der „Swoboda“-Chef.

Anfang Februar hatten antirussische Aktivisten in elf Regionen der Ukraine Lastwagen mit russischen Kennzeichen auf dem Territorium des Landes blockiert. Russland reagierte darauf am 14. Februar mit einem Verkehrs- bzw. Transitverbot für ukrainische Lastwagen. Daraufhin blockierte auch die Ukraine den Transit russischer Lastwagen durch ihr Territorium.

Am 16. Februar einigte sich das ukrainische Infrastrukturministerium mit Moskau darauf, dass ukrainische Lastwagen, die wegen des Transitverbots auf dem russischen Territorium bzw. in asiatischen Ländern nahe der russischen Grenze stehen geblieben waren, heimkehren dürfen. Im Gegenzug wurde den russischen Lastwagen auf dem ukrainischen Territorium erlaubt, weiterzufahren.

Am 24. Februar nahm die Ukraine den Vorschlag des russischen Verkehrsministeriums an, den Transitverkehr ab 25. Februar wiederaufzunehmen.

Dennoch verlangten die Organisatoren der Blockade russischer Lastwagen im Gebiet Transkarpatien von der ukrainischen Regierung, diese Entscheidung wieder außer Kraft zu setzen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30786/58/307865870.jpg>

Dan-news.info: Das Kohle und Energieministerium der DVR plant eine Restrukturierung bei 22 Bergwerken vorzunehmen, die in der frontnahen Zone liegen und derzeit nicht arbeiten. Dies teilte heute während einer Sitzung zu Fragen der Tilgung von Rückständen bei den Arbeitsentgelten die Leiter der Abteilung für finanzökonomische Kontrolle der Behörde Irina Gordienko mit.

„Wir haben sehr viele Bergwerke, die in die Kampfzone fallen, wo zurzeit nicht gearbeitet wird. Davon gibt es 22. Jetzt wird die Frage ihrer Restrukturierung entschieden. Dies wird es den Menschen ermöglichen von diesen Bergwerken Arbeitsentgelte zu erhalten“, sagte Gordienko.

Wie beim Pressedienst des Ministeriums erläutert wurde, ist geplant die Bergwerke in den Bereich des Republikanischen Unternehmens „Donbassuglerestrukturisazija“ zu übergeben. Dies wird es erlauben ohne Schaden für die Kohlevereinigungen der Republik die Lebensfähigkeit der Unternehmen zu erhalten.

„Bergwerke, die nicht fördern und an „Donbassuglerestrukturisazija“ übergehen, werden aus dem Haushalt finanziert. Entsprechend werden die Arbeitsentgelte der Mitarbeiter, die weiter an der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Bergwerke arbeiten, und die Ausgaben

für den Erhalt der Ausrüstung aus dem Haushalt bezahlt“, wurde im Ministerium unterstrichen.

Eine Restrukturierung nicht arbeitender Bergwerke der Republik ist im Rahmen des Programms zur Optimierung der Zahl der Werktätigen und zum Erhalt von Reserven geplant, über das am 5. Februar diesen Jahres informiert wurde. Damals erklärte der Kohle- und Energieminister der DVR Ruslan Dubowskij, dass zur Erfüllung dieses Programms ein Entwurf an den Ministerrat des Landes gegangen ist.

Zuvor war im Kohle- und Energieministerium mitgeteilt worden, dass das republikanische Unternehmen „Donbassuglerestrukturisazija“ nur vier nicht rentable Bergwerke des staatlichen Unternehmens „Makejewugol“ übernimmt.

Novorosinform.org: 20:31 Wie RT unter Berufung auf eine Ausgabe von RBK-Ukraine mitteilt, das seinerseits auf eine Quelle aus der ukrainischen Regierung verweist, soll der Premierminister der Ukraine Arsenij Jazenjuk seiner Demissionierung zugestimmt haben. Eine offizielle Bestätigung dafür gibt es noch nicht.

Novorosinform.org: 21:03 In der Hauptstadt der Lugansker Volksrepublik wurde, heute um 17:24 Drillinge geboren. Der Zustand der Neugeborenen und ihrer 35-jährigen Mutter ist stabil.

„Das ist ein relativ seltenes Ereignis ... Drillinge hatten wir in der Republik das letzte Mal im Januar des vorigen Jahres“, erklärte der Gynäkologe Oleg Walijew.



<http://storage.novorosinform.org/cache/c/0/eea55196-619c-4e7a-89ae-e30516892bcb-w500-h500.jpg/w644h387.jpg>